

in jedem Fall die Steuerzahler, entweder durch höhere Steuern als auch durch Einsparungen bei öffentlichen Investitionen und Einrichtungen.

Fazit

Insgesamt ist es ein mutiger Schritt der EU-Kommissarin Margrethe Vestager, DK, von Apple 13 Milliarden Euro Steuernachzahlung zu fordern. Aber es ist völlig unverständlich, dass sich der Staat Irland und der bayerische Finanzminister Söder dagegen ausgesprochen haben. Offensichtlich wollen sie sich mit Steuerdumping Standortvorteile verschaffen, um Firmen anzulocken.

Lösungswege

Durch Gesetzesinitiativen in der EU wird versucht, diesem Problem beizukommen, sowohl durch eine länderbezogene Berichterstattung, als auch durch EU-einheitliche Bilanzverfahren und den Austausch von Besteuerungsvereinbarungen mit den Konzernen. Beide Bemühungen leiden aber unter der mangelnden Bereitschaft gerade auch der Deutschen Regierung, den Finanzbehörden anderer Staaten bzw. der Öffentlichkeit Steuerdaten zur Verfügung zu stellen. Auch die OECD will die Steuervermeidung einschränken.

Ein umfassendes Konzept wird vom Netzwerk Steuergerechtigkeit und attac mit der Unitary Taxation gefordert. Danach soll der jeweilige Mutterkonzern eine Gesamtbilanz vorlegen. Die Gewinne werden dann auf Staaten, in denen der Konzern tätig ist, nach einem Schlüssel aufgeteilt, der die wirtschaftlichen Aktivitäten der Tochterfirmen, Vollzeitarbeitsplätze, Lohnsummen, Umsätze und Vermögenswerte berücksichtigt. Diese Daten sollen veröffentlicht werden, damit jeder einzelne Staat - besonders auch in den Entwicklungsländern - danach seine Steuer berechnen kann. Damit würden die Tricks, über Steueroasen, Verrechnungspreise, Lizenzgebühren usw. die Gewinne zu vermindern,

entfallen. Das funktioniert z.B. innerhalb der USA. In der EU und global gibt es aber noch viele Hindernisse. Deutschland bremst diesen Prozess vor allem wegen der Veröffentlichung dieser Daten. (www.attac.de/kampagnen/konzernbesteuerung/unitary-taxation/)

Was wir von Apple fordern:

- **Gewinne offen zu legen und dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet werden.**
- **Wer mit Fairness für seinen Konzern wirbt, der sollte sie auch bei der Steuerzahlung realisieren.**
- **Private Gewinne zu Lasten des Gemeinwohls zu machen - das ist weder fair noch nachhaltig!**

Verweise auf weiterführende Informationen:

www.attac.de/

Mitmachen bei ATTAC

Attac engagiert sich gegen einen Mißbrauch der Globalisierung durch maßlose private Bereicherung zu Lasten der Ärmsten. Eine gerechtere Welt ist möglich! Wer an der Mitarbeit an dieser Aufgabe interessiert ist, mit uns gemeinsam nach Strategien und Lösungen zu suchen und bei Aktionen mitzumachen, der ist herzlich eingeladen.

Wir treffen uns:

jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr, bei Blue_21 im Mehringhof, (U-Bahn Mehringdamm), Gneisenaustraße 2a, hinterer Hof, Aufgang zum Mehringhoftheater (blaue Tür), dann ganz nach oben, fünfter Stock. Schaut einfach vorbei oder meldet Euch per Mail: finanzmaerkte@attacberlin.de

www.attacberlin.de/ags/agfinanz

V.i.S.d.P.: G.Keller – 2016.12

STEUERTRICKS DER KONZERNE STOPPEN!

Was hat das iPhone7 mit diesem Berliner Schlagloch zu tun?

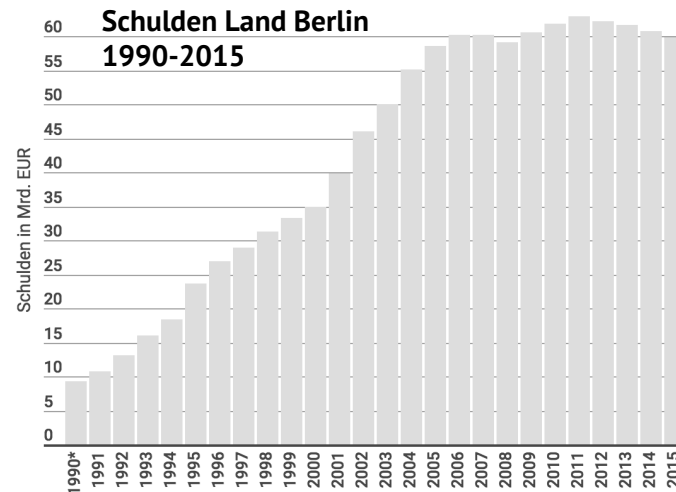
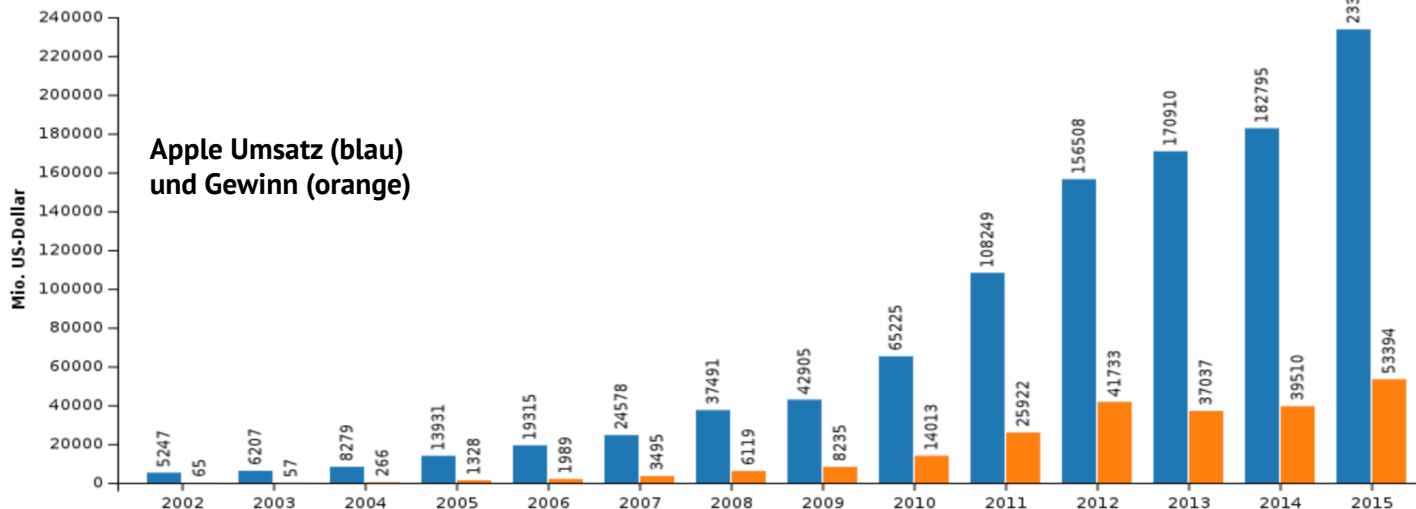


 **attac**
Berlin

Jeder Berliner war 2014 statistisch mit 17.371 € in der Kreide. Die Verschuldung des Landes beträgt 2016 noch immer knapp 60 Milliarden €.

„**Schuldenabbau hat Vorrang**“ - so das Mantra der Berliner Politik. Daher können Straßen und Schulgebäude nicht saniert werden, Schwimmhallen werden geschlossen, Personal im Öffentlichen Dienst wird abgebaut - mit schlimmen Folgen. Wie kann sich das Land aus dieser **Finanzklemme** befreien? Durch eine **weitere Steuererhöhung!**

Es würde reichen, wenn Unternehmen wie Apple **gerechte Steuern zahlen würden**. Apple nutzt die vergleichsweise intakte **Infrastruktur** dieses Landes, um mit dem Verkauf seiner Produkte hohe Gewinne einzufahren. Durch ein geschicktes System der **Steuervermeidung** hat Apple erreicht, in Deutschland so gut wie keine Steuern zu entrichten und handelt damit im Widerspruch zur öffentlichkeitswirksamen Forderung von Apple-Chef Tim Cook: „**Der Gewinn einer Firma sollte in dem Land versteuert werden, in dem der Gewinn geschaffen wird.**“ (Tim Cook, Apple-CEO, 30.8.2016). Die FAZ untersuchte daraufhin die Steuermoral von Apple und kam zu dem Ergebnis: „**Die Apple-Stores zahlen in Deutschland kaum Steuern**“ (FAZ v. 02.9.2016)



Insgesamt ging der von Apple in Irland gezahlte „effektive Steuersatz weiter zurück, und zwar auf nur 0,005% im Jahr 2014.“ (EU-Kommission 2016)

Zum Vergleich: Ein 45 Jahre alter deutscher Arbeitnehmer mit einem mtl. Bruttoeinkommen von 3.900 € zahlte 2014 **49,4%** Steuern und Abgaben, also 1.935 €. Mit dem Apple-Steuersparmodell müsste er mtl. gerade mal 20 Cent (!) Steuern berappen!

Hintergrundinformationen:

Im Falle Apple hat die EU-Kommissarin Margrethe Vestager, DK, ermittelt, weil es mit dem Staat Irland trotz seiner extrem niedrigen Körperschaftssteuer (12,5%) zu einer Absprache für zusätzliche Steuervergünstigungen speziell für Apple gekommen ist. Diese Absprachen ermöglichten es Apple, seine global erzielten Gewinne einer Hauptgeschäftsstelle zuzuweisen, die weder wirtschaftlich aktiv noch steuerlich registriert war. Nur ein sehr kleiner Anteil wurde regulär in Irland versteuert. Daraus ergab sich für 2014 eine Gesamtsteuerquote von 0,005%. Mit diesen und anderen Tricks (Double Irish With a Dutch Sandwich) hat sich Apple ein Vermögen in verborgenen Finanzplätzen aufbauen können von über 200 Milliarden Dollar, die bei Einfuhr in die USA bis zu 35% nachversteuert werden müssten (manager magazin 22.7.2015 und FAZ 4.9.2016).

Die EU-Kommissarin forderte darum eine Steuernachzahlung in Höhe von 13 Milliarden Euro, die bis dahin höchste Steuernachforderung.

Was in diesem Verfahren nicht zur Verhandlung ansteht, das sind die zumeist legalen Tricks der Konzerne zur Steuervermeidung. Das betrifft nicht nur Apple, sondern auch andere global agierende Konzerne wie Bayer AG, E.ON, Deutsche Bank, Google, Starbucks, Amazon, McDonald's, IKEA, VW, BASF,... (www.attac.de/kampagnen/konzernbesteuerung/abc-der-steuertrickserei/)

Jährlich gehen den Staaten in der EU ca. 1.000 Milliarden Euro Steuereinnahmen verloren, so Sven Giegold in der ARD-Doku „Steuernfrei - wie Konzerne Europas Kassen plündern“ (August 2016), und das meist ganz legal durch immer raffiniertere Steuertricks. Kompensieren müssen die Steuerausfälle